

BLITZ-BRIEFING: SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden,

7. November 2022

1. Unser Leitantrag der Woche: „Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen“

I. Sachverhalt

Der Schutz des Klimas und unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Wir wollen die ambitionierten Klimaziele weiterhin mit konsequenten Klimaschutz-Maßnahmen umzusetzen. Es ist gut, dass Mitglieder der Zivilgesellschaft breite Aufmerksamkeit für dieses Anliegen schaffen.

Was jedoch als friedliche Demonstration begann, hat sich in Teilen der Klimabewegung in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden durch Straßenblockaden bei der Bergung von Verletzten behindert. Seit Februar wurden allein nach Angaben des Berliner Senats bereits 18 Rettungsfahrzeuge im Einsatz behindert. Die Polizei war gezwungen, aufgrund der Blockaden 130.000 zusätzliche Einsatzstunden zu leisten. Erschwerend kommt hinzu, dass historische Kunstwerke von überragendem Wert mutwillig beschädigt werden.

II. Unsere Position

Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats. Dies betrifft insbesondere die Delikte der Nötigung, des Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, des Behindern von Rettungskräften und der Gemeenschädlichen Sachbeschädigung. So fordern wir in unserem Leitantrag u.a., dass die Behinderung von Rettungskräften künftig den Tatbestand der besonders schweren Nötigung erfüllt – mit drei Monaten Freiheitsentzug als Mindeststrafe. Ebenso enthält unser Leitantrag die Forderung, die Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen von besonderem

kunsthistorischem Wert als besonders schwerer Fall einzustufen und mit einer Mindeststrafe von 3 Monaten Freiheitsentzug zu sanktionieren.

III. Sprachempfehlung

Die Straßenblockaden der „letzten Generation“ gefährden Menschen und behindern Rettungskräfte bei der Ausübung ihrer für die Gemeinschaft unersetzlichen Arbeit. Auch die Beschädigung historischer Kunstwerke überschreitet rote Linien. Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Der Rechtsstaat muss darauf hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer. Wir fordern, dass die Behinderung von Rettungskräften durch Straßenblockaden künftig mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Freiheitsentzug bestraft wird. Auch die Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen von besonderem kunsthistorischem Wert muss mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Freiheitsentzug sanktionieren werden.

2. Bürgergeld-Gesetz in 2./3. Lesung / Unser Vorschlag zur Anhebung der Regelsätze

I. Sachverhalt

Für diese Woche sind die Anhörung im Ausschuss sowie die 2./3. Lesung des Bürgergeld-Gesetzes angesetzt. Wir wollten u.a. den Bundesrechnungshof als Sachverständigen in die Anhörung einladen, der ein ausgesprochen kritisches Gutachten zum geplanten Gesetz erstellt hat; diese Einladung hat die Ampel jedoch mit ihrer Mehrheit verhindert. Sie hat außerdem am vergangenen Freitag einen Änderungsantrag vorgelegt, der zwar bspw. die Übernahme der Heizkosten in der geplanten zweijährigen Karenzzeit (auf „angemessene“ Kosten) einschränkt, jedoch keine Verbesserungen hinsichtlich unserer wesentlichen Kritik vorsieht.

II. Unsere Position

Wir lehnen das Gesetz in seiner jetzigen Form weiterhin ab. Da wir einen Bestandteil dieses Gesetzes, nämlich die Regelsatzerhöhung, in der aktuellen Entwicklung der Teuerungsrate und vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für gerechtfertigt halten, bringen wir in dieser Sitzungswoche einen Antrag ein, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll. Allerdings ist bislang nicht ersichtlich, dass die Ampel auf unser Angebot eingehen will. Unsere Kritik an allen weiteren Elementen des Bürgergeld-Gesetzes bleibt erhalten: Die Aussetzung der Sanktionen und die hohen Schonvermögen sind ein sozialpolitischer Systemwechsel.

III. Sprachempfehlung

Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir hingegen wollen das Prinzip „Fordern und Fördern“ erhalten.

Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze dringend zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, diese Anhebung in dieser Woche gemeinsam mit uns zu beschließen. Alle sonstigen Vorhaben der Ampel zum Bürgergeld müssen von dieser Erhöhung entkoppelt werden. Denn die von der Ampel angestrebten Änderungen setzt gerade in der aktuellen Arbeitsmarktsituation falsche Signale und Anreize. Sie wird daher von denen nicht verstanden werden, die arbeiten und die Sozialleistungen über ihre Steuern finanzieren. Die mahnenden Stimmen beispielsweise des Landkreistags, des Handwerks, des Städtetages, der Bundesagentur für Arbeit und nicht zuletzt des Bundesrechnungshofes müssen von der Ampel-Regierung ernst werden. Wir bleiben dabei: Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit uns nicht geben.

3. Aktuelle Stunde: Deutschlands strategische Souveränität stärken – für eine neue China-Strategie

I. Sachverhalt

Im Rahmen der Aktuellen Stunde werden wir die Bundesregierung zu den Eckpfeilern ihrer China-Politik stellen. Konkreten Anlass bietet die viel kritisierte Reisepolitik des Kanzleramts: Bundeskanzler Scholz war in der vergangenen Woche als erstes G7-Regierungsoberhaupt seit der Corona-Pandemie nach Peking gereist, offenbar ohne Abstimmung mit den europäischen Partnern. Im Vorfeld des Besuchs kam es u.a. wegen den Investitionsplänen der chinesischen Firma COSCO am Hamburger Hafen, dem Verlauf des Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas sowie dem aggressiven Auftretens Chinas gegenüber Taiwan zu deutlicher Kritik am Besuch von Bundeskanzler Scholz.

Die Biden-Administration befürchtet, dass China seine Ambitionen gegenüber Taiwan viel zügiger (auch mit militärischen Mitteln) realisieren könnte als bisher angenommen. Der kürzlich vorgelegte Bericht der VN-Menschenrechtskommissarin zeichnet ein düsteres Bild der Menschenrechtslage für ethnische Minderheiten. Nach der Machtkonsolidierung Xi Jinpings während des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, stellen sich diese Fragen mit neuer Dringlichkeit – und die Bundesregierung hat darauf keinerlei Antworten.

II. Unsere Position

Das Verhältnis zu China ist eine große strategische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Sowohl im europäischen als auch im transatlantischen Bündnis muss Deutschland hier seine Naivität ablegen. Das Verhältnis zu China wird von

ausgeprägtem politischen und ökonomischen Systemwettbewerb geprägt sein. Deutschland kann sich auf einen revisionistischen Staat wie die Volksrepublik China nicht blind verlassen. Eine immer weiter fortschreitende strategische Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft und v.a. kritischer Infrastruktur muss verhindert werden. Die Frage, wie sich Deutschland bei einer gewaltsamen Landnahme Taiwans verhalten würde, bleibt von der Bundesregierung unbeantwortet. Nach wie vor hat die Bundesregierung keine China-Strategie vorgelegt.

III. Sprachempfehlung

Der Bundeskanzler hat mit seiner Stippvisite in Peking Schaden angerichtet: Europäische und transatlantische Partner sind verwundert, Xi Jinping wurde in Szene gesetzt, Deutschland steht als Bittsteller da. Der Zeitenwende des Bundeskanzlers fehlt der strategische Weitblick nach Asien: China wird in den kommenden Jahrzehnten ein politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Deutsche Interessen schützt man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastruktur wie am Hamburger Hafen. Die Bundesregierung muss nun endlich eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.